

Stand: 06.04.2026 01:15:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18254

"Im Zweifel für die Ausbildung entscheiden!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18254 vom 26.09.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 27.09.2017
3. Mitteilung 17/18475 vom 11.10.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Margarete Bause, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Markus Ganserer, Dr. Sepp Dürr, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Verena Osgyan, Rosi Steinberger, Martin Stumpf** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Im Zweifel für die Ausbildung entscheiden!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die verantwortlichen Behörden auf allen Ebenen anzuweisen und darauf hinzuwirken, den gegebenen Ermessensspielraum bei der Vergabe der Ausbildungserlaubnisse und Ausbildungsduldungen zugunsten der Ausbildung und Arbeitserlaubnis der Geflüchteten zu nutzen und insbesondere

1. Geduldeten ohne derzeitige Rückkehrmöglichkeit in ihre Heimatländer eine Ausbildung nicht zu versagen,
2. Ausbildungsverträge zu genehmigen, wenn ein Hauptschulabschluss vorhanden ist, und nicht die Genehmigung an überdurchschnittliche Schulnoten zu koppeln,
3. einen vorläufigen Ausbildungsbeginn zu ermöglichen, wenn die Beschaffung von Pass-, Geburtsurkunde-, Identitäts- oder Abstammungsurkunden aus manchen Ländern mehrere Monate in Anspruch nehmen,
4. von Geflüchteten im Asylverfahren die Forderung der Passbeschaffung nicht zugrunde zu legen,
5. für nicht in Afghanistan geborene Afghaninnen bzw. Afghanen und Afghaninnen bzw. Afghanen ohne männliche Verwandte in Afghanistan praktikable Wege zur Identitätsklärung aufzuzeigen,
6. Geflüchteten zur Vorbereitung auf eine Ausbildung Praktika zu gestatten,
7. die Teilnahme am Bundesfreiwilligendienst zu gestatten.

Begründung:

Diesen Sommer wurden etwa 5.000 Absolventinnen und Absolventen der Berufsintegrationsklassen entlassen, viele mit Ausbildungsreife. Zudem haben viele, die entsprechende Bildungsqualifikationen aus ihren Heimatländern mitgebracht haben, sich in Sprachschulen ausreichende Deutschkenntnisse angeeignet. Die erreichten schulischen Abschlüsse sind eine große Erfolgsgeschichte für die jungen Geflüchteten, für die Lehrerinnen und Lehrer, für die Ehrenamtlichen und die Betriebe, die Praktika ermöglicht haben und die Geflüchteten gefördert haben. Viele Betriebe in Bayern haben jungen Geflüchteten bewusst und aufgrund der Erfahrungen bei den Praktika einen Ausbildungsvertrag angeboten.

Gut 3.000 junge Geflüchtete hätten jetzt eine Ausbildung beginnen können, doch nur etwa einem Drittel davon wurde das bislang von den Ausländerbehörden genehmigt. Die Anforderungen an die vorgelegten Dokumente werden von den Ausländerbehörden immer weiter erhöht. So werden nur mehr vom afghanischen Außenministerium mit einem Beglaubigungsstempel versehene Tazkira akzeptiert, obwohl viele mit ihrer Tazkira ohne Beglaubigungsstempel eingereist sind.

Da sich Passbeschaffungen und die Beschaffungen von Beglaubigungsstempeln viele Monate hinziehen können und überdies die Mithilfe von männlichen Verwandten erfordert, sollte diesen – wie früher – die vorläufige Ausbildungsaufnahme ermöglicht werden.

Auch sollte bei Genehmigungen der Ausbildungsverträge berücksichtigt werden, dass die Deutschkenntnisse sich in einem Miteinander von Lernen und Arbeit in der Regel spürbar verbessern.

Nächstes Jahr werden 11.000 Schülerinnen und Schüler aus den Berufsintegrationsklassen entlassen werden, viele davon sind bestens geeignet für unsere offenen Ausbildungsstellen. Bei einer derartig hohen Quote von abgelehnten Ausbildungsverträgen in diesem Jahr ist zu befürchten, dass die Bereitschaft der Unternehmen, Praktika zur Verfügung zu stellen, und auch die Lernmotivation der Schülerinnen und Schüler sinkt und Integration verhindert wird.

Geduldeten, die sich während ihres mehrjährigen Aufenthalts gut integriert haben, und derzeit nicht zurückkehren können, ist eine Ausbildung zu gestatten. Die derzeitigen weitreichenden Arbeits- und Ausbildungsverbote kosten den Steuerzahlerinnen bzw. dem Steuerzahler Unmengen an Geld, schädigen die Geflüchteten und machen sie krank.

Die derzeitige massiv restriktive Form der Ermessensauslegung in Bayern muss beendet werden, die Ermessensentscheidungen müssen auch soziale,

wirtschaftliche und sicherheitsrelevante Gesichtspunkte berücksichtigen.

aufgeführt, was Sie an Europa nicht sehen. Somit bleibt die Frage offen, was Sie denn eigentlich sehen. Wo sind die Vorschläge? Wo sind Ihre Vorschläge für ein funktionierendes Europa von morgen? Das ist die erste Frage.

Das andere ist, wo Sie im Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion einen Ansatz für ein Europa von morgen sehen. Weshalb tun Sie so, als gehe es darum, dass Bulgarien und Rumänien nächstes oder übernächstes Jahr in den Schengenraum kommen? Juncker hat nichts anderes gesagt, als dass er möchte, dass an den Kriterien und den Voraussetzungen gearbeitet wird. Es steht völlig außer Frage und wird von keinem von uns behauptet, derzeit seien die Kriterien für den Beitritt Rumäniens zum Schengenraum erfüllt. Aber Herr Juncker hat natürlich gesagt: Wenn die Kriterien erfüllt sind, haben sie das Recht zum Beitritt. Und dann sollen sie auch beitreten; denn das macht Sinn! Hier würde mich interessieren, weshalb Sie ständig so tun, als gehe es um den morgigen Beitritt des heutigen Rumäniens oder des heutigen Bulgariens. Das hat Juncker niemals gesagt. Weshalb erzählen Sie hier in Bayern eine völlig andere Botschaft als Ihre Vertreter auf der europäischen Ebene?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Liebe Frau Kamm, es ist immer etwas problematisch, wenn man von "immer" und von "ständig" spricht. Das würde ich an Ihrer Stelle nicht tun.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Es geht hier um etwas ganz Konkretes. Es geht darum, dass die Menschen in Deutschland im Moment in einer Situation von Angst und Sorge sind. Das liegt an verschiedenen Erfahrungen, die sie gemacht haben, vor allem auch solchen der Kriminalität in unserem Land. Wenn diese Menschen eine Rede hören, in der ein Präsident, zumal häufig durch mediale Berichterstattung verkürzt, davon spricht, dass man den Schengenraum bzw. den Euroraum erweitern solle, dann verstehen die Menschen nicht, was das bedeutet.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Frau Kamm, jetzt bin ich dran, bitte, Sie hatten jetzt Ihre Chance. Frau Kamm, wenn etwas in den Verträgen steht, warum muss man es dann permanent wiederholen? Ich dachte, dies sei eine Rede, die zeige, wohin sich Europa in der allernächsten Zeit entwickeln werde. Wir stehen selbstverständlich zu den Verträgen. Selbstverständlich stehen wir dazu, dass

Länder, die die Voraussetzungen erfüllen und auch nachweisen können, das Recht zu bestimmten Dingen haben, etwa dazu, dem Euroraum oder dem Schengenraum beizutreten. Aber fragen Sie die Länder doch einmal: Wollen die das überhaupt? Das ist ja in aller Regel gar nicht der Fall. Ich meine deshalb, dass wir diese Länder zu diesem Glück nicht zwingen sollen. Stattdessen müssen wir sie dort beraten, wo sie Unterstützung brauchen, um die Voraussetzungen zu schaffen. Hier können wir ihnen sicherlich helfen, damit das klappt. Natürlich wäre es im Endeffekt für Europa schöner, wenn noch mehr Länder den Euro als Währung hätten. Wir sollten die Länder aber nicht zu ihrem Glück zwingen. Lassen wir ihnen die Möglichkeit, eigenverantwortlich zu entscheiden, wie und wann sie diese Anträge stellen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/18248 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich komme jetzt zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/18268. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/18269 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/18249 bis 17/18254 sowie auf den Drucksachen 17/18270 und 17/18271 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.



Mitteilung

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/18254

Im Zweifel für die Ausbildung entscheiden!

Der Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachennummer 17/18254 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt